



AUSLÄNDERSTOPP DER ESSENER TAFEL SEI "ETHNISCHE DISKRIMINIERUNG"

Chef von Sozialverband fordert 30% mehr Geld für „Asyl“-Bewerber

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, Ulrich Schneider (Foto), ist ein typisches Beispiel eines ideologisch denkblockierten Linken. Diese Spezies weigert sich hartnäckig, Kritik am Verhalten von gewissen Ausländern zuzulassen, auch wenn sie sich noch so ungebührlich verhalten.

In dieser realitätsblinden Sicht darf es dann eben auch keine rücksichtslosen jungen Mohammedaner geben, die sich an kostenlosen Essens-Tafeln das greifen, was sie aus ihrer Herrenmenschen-Mentalität heraus für sich beanspruchen und dabei auch noch alte deutsche Omas einfach ruppig wegstoßen, weil diese ja in der islamischen Lehre verachtenswerte Ungläubige und noch dazu minderwertige Frauen sind.

So blendet Schneider die Tatsachen komplett aus und zieht seine linksideologischen Schubladen-Formulierungen hervor, um die Schuld an den untragbaren Zuständen unverschämterweise den

aufopfernd arbeitenden Ehrenamtlichen der Essener Tafel zuzuschreiben, die eine vermeintliche „ethnische Diskriminierung“ vornähmen und damit „Ausländerfeindlichkeit“ und „Rassismus“ schürten. Herzlich willkommen in der Nazitonnen, in die jeder von den Linksgestörten getreten wird, der sich kritisch zu der von den weltfremden Eliten verordneten totalen „Buntheit“ äußert.

Zudem fordert er allen Ernstes auch noch pauschal 30 Prozent mehr Geld für die unter dem „Asyl“-Vorwand bei uns eingedrungenen „Neubürger“. Die Junge Freiheit [berichtet](#):

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat die Essener Tafel aufgefordert, ihren Aufnahmestopp für Ausländer rückgängig zu machen. „Die Entscheidung der Essener Tafel, vorerst keine Ausländer mehr aufzunehmen, ist ganz objektiv eine ethnische Diskriminierung und muß damit korrigiert werden“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbands, Ulrich Schneider, am Dienstag.

„Arme Menschen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.“ Er beobachte mit großer Sorge, wie die Probleme der Tafeln von einigen für das Schüren von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus mißbraucht würden, kritisierte Schneider.

Das grundlegende Problem sei, daß die Regelsätze in der Alterssicherung und bei Hartz IV sowie beim Asylbewerberleistungsgesetz zu niedrig seien, um damit halbwegs über den Monat zu kommen. „Wir fordern die Erhöhung des Regelsatzes um mindestens 30 Prozent. Das gilt auch für Asylbewerber“, betonte der Chef des Wohlfahrtsverbands.

Komplett Linkstickende wie Schneider sind aufgrund ihrer Denkblockaden nicht fähig, die Herausforderungen der Zeit zu erkennen und sie zu lösen. Daher schmiert auch die SPD immer mehr ab, derzeit 15% in der Wählergunst, Tendenz in den einstelligen Bereich. Kein Wunder, wenn man sich so halsstarrig an das im Volk massiv unbeliebte Thema

Familienzusammenführung festklammert. Schneider bläst ins gleiche Horn:

Die Ankündigung der Großen Koalition, die Zuwanderung zu begrenzen, bewertet man hingegen als „Ton der Abschreckung“. Die Familienzusammenführung für viele Flüchtlinge mit begrenztem Schutzstatus unerreichbar. Dadurch werde die Integration der Geflüchteten weiterhin erschwert.

Schneider hat es noch nicht begriffen, dass die Familienzusammenführung von Mohammedanern die Gegengesellschaften wachsen lässt und dadurch völlig des-integrativ ist. Er hat, genau wie die Altparteien, den Islam als existentielles Problem überhaupt noch nicht erkannt. Stattdessen sind diese Volksverräter hauptsächlich bestrebt, Mohammedaner als stark wachsendes Wählerklientel heranzuziehen.

Die noch rudimentär vorhandenen konservativen Kreise der Union befinden sich im Würgegriff ihrer Vorsitzenden und der Groko, was sie in diesen Abwärtsstrudel mit hineinzieht. Und zwar völlig zu Recht. Wer dem Groko-Vertrag zustimmt, in dem das Vorgehen gegen „anti-islamische Stimmung“ festgelegt ist, der offenbart, absolut keine Ahnung von den realen Zuständen in unserem Land zu haben.

Alle Zeichen sind auf den wachsenden Erfolg der AfD programmiert, die Hand in Hand mit den demokratischen Bürgerbewegungen auf der Straße die Probleme vorbehaltlos ansprechen, um sie dann mittelfristig der Lösung zuzuführen.

Kontakt zum Paritätischen Gesamtverband:

» info@paritaet.org



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier. Von 2009 bis 2011 versuchte er im dortigen Integrationsausschuss vergeblich die Islamkritik zu etablieren. Im Mai 2011 wechselte er zur Partei „Die Freiheit“, wo er ab 2012 bayerischer Landesvorsitzender und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender war. Seine [Youtube-Videos](#) haben über 22 Millionen Zugriffe. Zu erreichen über [Facebook](#).